

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Katina Schubert (LINKE)

vom 17. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. September 2020)

zum Thema:

Abschiebungen zur Nachtzeit – Nachfragen zur Drucksache 18 / 24 551 und zur Drucksache 18 / 24 586

und **Antwort** vom 02. Oktober 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Okt. 2020)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Frau Abgeordnete Katina Schubert (Linke)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24962

vom 17. September 2020

über Abschiebungen zur Nachtzeit – Nachfragen zur Drucksache 18 / 24 551 und zur Drucksache 18 / 24 586

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Hat der Senat Kenntnis darüber, welche Gründe – abgesehen von „Gefahr im Verzug“ – für den Gesetzgeber ausschlaggebend waren, die Regelung des grundsätzlich geltenden Verbots von Festnahmen zur Nachtzeit nach Einführung in §104 Strafprozessordnung (StPO) und §36 Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) nunmehr auch in den §58 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) aufzunehmen? Wenn ja, wie bewertet der Senat dies?

Zu 1.:

Nein. Da diese Änderungen im parlamentarischen Verfahren des Bundestags erfolgt sind, existieren hierzu keine Gesetzgebungsmaterialien, die Aufschluss über die Motivation des Gesetzgebers geben würden.

2. Welche Maßgaben macht das Bundesverfassungsgericht zur Definition der „Nachtzeit“?

Zu 2.:

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist nicht Gegenstand der Parlamentarischen Kontrolle des Senats.

3. Wie beurteilt der Senat die psychologischen Auswirkungen der teils ab 3:00 Uhr nachts durchgeführten Maßnahmen bewaffneter Polizeieinheiten in den Berliner Aufnahmeeinrichtungen auf die Schutz suchenden und vielfach traumatisierten Bewohner*innen?
4. Wie beurteilt der Senat insbesondere die psychologischen Auswirkungen auf Kinder?
5. Wie beurteilt der Senat die Gefahr erneuter Traumatisierungen durch nächtlichen Polizeimaßnahmen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht? Welche Maßnahmen hält der Senat für geeignet, um (Re-)Traumatisierungen zu vermeiden?

Zu 3. bis 5.:

Die psychologischen Auswirkungen einer Abschiebung sind dem Senat bewusst. Die Abschiebungen werden daher durch geschulte Dienstkräfte der Berliner Polizei durchgeführt. Uniformierte und in der Folge auch bewaffnete Polizeikräfte werden lediglich zum Schutz der eingesetzten bürgerlich gekleideten Polizeibediensteten und

zur Absicherung der Maßnahmen eingesetzt und befinden sich während der Rückführungsmaßnahme in der Regel im Hintergrund des Geschehens.

6. Wie beurteilt der Senat angesichts des grundsätzlich geltenden Verbots von Festnahmen zur Nachtzeit nach §104 StPO, §36 ASOG und §58 AufenthG die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der seit 01.01.2020 erfolgten Ingewahrsamnahmen zur Durchführung der Abschiebungen eben während der Nachtzeit stattfand? (Vgl. Antwort auf Frage 8 und 9 in Drucksache 18 / 24 586.)

Zu 6.:

Die Tendenz zu einer Verkürzung der Überstellungszeitfenster durch die Herkunftsländer und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Festnahmezeiten wird durch den Senat kritisch verfolgt. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 15 der Drucksache 18/24551 verwiesen.

7. Hat der Senat genaue Kenntnis über Abflug- und Ankunftszeit der seit 15.06.2020 bis dato vorgenommenen Abschiebecharter aus Berlin? (Wenn ja, bitte nach Datum, Startflughafen und konkreter Abflugzeit sowie Zielflughafen und konkreter Ankunftszeit aufschlüsseln.)

Zu 7.:

Der Check In, das Boarding sowie der Flug liegen in der Zuständigkeit der Bundespolizei. Der Senat darf dazu keine Aussage treffen.

8. Warum beginnt die Polizei um 3:00 Uhr nachts damit, die Menschen zum Flughafen Schönefeld zu bringen? Warum werden die Festnahmen in einigen Unterkünften erst gegen 6:00 oder 7:00 Uhr früh durchgeführt? (Vgl. Drucksache 18 / 24 551.)

Zu 8.:

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

9. Um konkret welche zwingenden Vorgaben seitens der Republik Moldau bzgl. der Ankunftszeit am Zielort handelt es sich bei den seit dem 15.06.2020 erfolgten Sammelabschiebungen? (Vgl. Antwort auf Frage 15 in Drucksache 18 / 24 551.) Welche konkreten Vorgaben vergleichbarer Art liegen diesbezüglich seitens der Westbalkanstaaten, Georgiens und des Libanon vor?

Zu 9.:

Grundsätzlich werden die Vorgaben der Herkunftsländer der Bundespolizei übermittelt. Auf dieser Grundlage wird durch die Bundespolizei die Zuführungsfrist festgesetzt. Dem Senat sind lediglich die konkreten zeitlichen Vorgaben der Republik Moldau zur Annahme und Abfertigung der Charter in Chişinău bekannt. Danach muss die Ankunft bis spätestens 14:00 Uhr erfolgen. Die entsprechenden Vorgaben der übrigen Herkunftsländer sind dem Senat nicht im Detail bekannt.

10. Ist es zutreffend, dass bei den Sammelabschiebungsmaßnahmen nach Moldawien und in den Westbalkan seit dem 15.06.2020 mehrere Zielstaaten vom ein- und demselben Sammelabschiebecharter angefliegen wurden? Wenn ja, welche und in welcher Reihenfolge der Länder?

Zu 10.:

Dies trifft teilweise zu: Am 20.07.2020 wurde zunächst Albanien und im Anschluss die Republik Moldau mit demselben Sammelcharter angefliegen. Am 19.08.2020 wurde zunächst die Republik Moldau und danach Serbien angesteuert.

11. Sofern die Information zutreffend ist: Wie begründen sich diese Koppelungen mehrerer Zielstaaten bei einer Sammelabschiebungsmaßnahme?

12. Sofern die Information zutreffend ist: Ergab sich hieraus bei Sammelabschiebungsmaßnahmen in den Jahren 2019 und 2020 eine frühere Abflugzeit für Ausreisepflichtige, die eine Abholung zur Nachtzeit nötig machte, bei direktem Anflug des entsprechenden Ziellandes aber nicht notwendig gewesen wäre? Wenn ja, wie ist dies mit dem Verbot der Abholung zur Nachtzeit vereinbar?

Zu 11 und 12.:

Der Rückführungsprozess orientiert sich an den Umständen des Einzelfalls und unterliegt dabei auch dem Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Die Koppelung mehrerer Länder gestaltet den Rückführungsprozess effizienter und verringert die Kosten für die Rückführungsmaßnahmen. Da die zusätzliche Flugzeit im Verhältnis zur Gesamtdauer des Fluges in der Regel nicht ins Gewicht fällt, hätten sich wesentliche Änderungen der Abholzeit nach den dem Senat vorliegenden Erkenntnissen voraussichtlich auch bei der Durchführung von Sammelchartern nach nur einem Herkunftsland nicht ergeben. Auch bei diesen Maßnahmen ist ein Beginn der Festnahmen innerhalb der Nachtzeit in der Regel nicht zu vermeiden.

13. Sofern die Information zutreffend ist: Um wie viele Stunden hat sich bei Sammelabschiebungsmaßnahmen nach Moldawien/Westbalkan in den Jahren 2019 und 2020 die jeweilige Flugdauer bis zum letzten Zielort dadurch verlängert, dass mehrere Länder angeflogen wurden?

Zu 13.:

Angaben zur Flugdauer werden statistisch nicht erfasst.

Berlin, den 02. Oktober 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport